

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
17 / 2010

Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Gesellschaften in sozialer, religiöser und
ethnischer Vielfalt

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

■ MUSICA PRO PACE 2009

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

978-3-89971-620-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

<i>Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?</i> Mit Mechthild Ross-Luttmann, Ekin Deligöz und Christoph Butterwegge	15
---	----

<i>Staat und Religionen heute</i> Mit Antje Vollmer, Christian Wulff und Peter Steinacker.	37
---	----

<i>Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?</i> Mit Jackson Janes und Karsten D. Voigt	59
---	----

<i>Failed States – Versagende Staatlichkeit als Risiko für den Frieden</i> Mit Gunter Pleuger, Lotte Leicht und Ulrich Schneckener	83
---	----

István Hiller, Budapest <i>Europa sieht Deutschland: Ungarns Weg in die Europäische Gemeinschaft</i>	109
---	-----

<i>Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich</i> Mit Armin Laschet, Paul Scheffer und Wolfgang Zank	123
--	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2009

Stefan Hanheide, Osnabrück

Demaskierung der politischen Verführung und ihrer Musik.

Zu Mauricio Kagels Hörspiel »Der Tribun« (1979) 151

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Thomas Vogtherr, Osnabrück

Juden, Christen und Muslime –

Gab es ein Europa der drei Religionen im Mittelalter? 159

György Széll, Osnabrück

Das Ende der Blockkonfrontation.

Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs . . . 177

Rainer Werning, Köln

Krisenkataster Südphilippinen. In einer der ältesten Konfliktregionen

Südostasiens verlief der Friedensprozess bislang im Zick-Zack-Kurs . 199

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 219

Abbildungsnachweis 225

Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich

Podiumsveranstaltung zum Osnabrücker Friedenstag
am 27. Oktober 2009 in der OsnabrückHalle

Armin Laschet

Minister für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Paul Scheffer

Universiteit van Amsterdam

Prof. Dr. Wolfgang Zank

Aalborg Universitet

Dr. Daniela De Ridder

CHE Consult, Gütersloh –
Gesprächsleitung

Daniela De Ridder: Vor Kurzem erregte der frühere Berliner Finanzsenator *Thilo Sarrazin* einiges Aufsehen mit herausfordernden Thesen zum Thema Integration und Migration in Deutschland und insbesondere in Berlin. Manche Kritiker nannten sie zum Teil rassistisch. Eine dieser Äußerungen in der Zeitschrift *Lettre International* lautete:

»Jemanden, der nichts tut, den muss ich auch nicht anerkennen. Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.«

Wurde hier nur ›mutig‹ ausgesprochen, was längst Realität ist? Waren die bisherigen Bemühungen um Integration erfolgreich oder sind sie gescheitert? Haben wir zu lange zu viel ›Multikulti‹ gepflegt und die eigentlichen Probleme übersehen? Im Jahr 2002 vertrat *Pim Fortuyn* in den Niederlanden ähnliche Thesen. Dort hatten sich auch der ermordete Filmemacher *Theo van Gogh* und die aus Somalia stammende *Ayaan Hirsi Ali* kritisch mit dem Islam und den Muslimen auseinandergesetzt.

Müssen wir nun mit unserem optimistischen, idealisierten Niederlande-Bild aufräumen, Herr Scheffer?

Paul Scheffer: Die Einwanderung und Integration von Immigranten in unsere Gesellschaften ist eine der großen Fragen unserer Zeit. Wir leben

tatsächlich in ›Einwanderungsländern‹, in die viele aus Nah und Fern gekommen sind. Die Diskussion über diese Fragen ist oft heftig, weil viel auf dem Spiel steht. In Deutschland und in den Niederlanden sind jetzt 20% der Bevölkerung Migranten und Kinder von Migranten. In 20, 30 Jahren werden es 30% sein. Das ist eine existenzielle Veränderung der Gesellschaft, die eine Verunsicherung mit sich bringt.

Nicht nur in den Niederlanden, auch in anderen europäischen Ländern – und auch in politischen Parteien wie den Grünen in Österreich, den Sozialdemokraten in den Niederlanden, den Liberalen in Belgien oder den Christdemokraten in Deutschland – ist man auf der Suche nach Antworten, nach einer Form des Umgehens mit diesen großen Veränderungen.

Die Bedeutung der Einwanderung für unsere Gesellschaften kann man nicht ermessen, ohne Grenzen zu überqueren. Wir sprechen viel über länderspezifische Muster – etwa das niederländische, französische oder das deutsche Modell. Es gibt aber auch eine gesamteuropäische Erfahrung. Die gesellschaftliche Realität von Großstädten wie Hamburg, Berlin, Marseille, Birmingham, Rotterdam oder Antwerpen und die Art und Weise, wie Einwanderung diese Städte beeinflusst, ist sehr ähnlich. Man muss über die Grenzen schauen und unterschiedliche historische Erfahrungen berücksichtigen. Wir können aus der Einwanderungsgeschichte von Amerika lernen, ebenso wie aus der eigenen Einwanderungsgeschichte und so beginnen, die gesellschaftliche Dynamik der Einwanderung zu begreifen und über politische Antworten nachzudenken.

Das wohl einflussreichste Buch, das je über Einwanderung geschrieben wurde, über die Ursachen und Folgen der massenhaften Einwanderung von Menschen, die aus Europa nach Amerika kamen, stammt von *Oscar Handlin*. 1952 erschien sein Buch *The Uprooted*, und darin heißt es: »Die Geschichte der Emigration ist eine Geschichte der Entfremdung und deren Folgen«. Ich glaube, dass ›Entfremdung‹ und ›Verlust‹ Schlüsselbegriffe sind, welche die Ankunft von Migranten in einer neuen Umgebung beschreiben.

Meine erste These lautet: Man kann die gesellschaftliche Dynamik der Einwanderung nicht verstehen, wenn man mit dem Satz beginnt: ›Immigration ist eine *Bereicherung* für alle‹. Ich füge sofort hinzu: Das kann sie werden. Aber am Anfang steht oft eine Erfahrung von *Verlust* – auf beiden Seiten. Immigranten finden sich in einer neuen Umgebung wieder und verlieren oft ihre Familientraditionen und die Selbstverständlichkeit ihrer Religion. Wenn z.B. eine Mutter aus der marokkanischen Gemeinschaft sagt: ›Ich verliere meine Kinder an eine Gesellschaft, die ich nicht verstehe‹, oder wenn sie dieser Gesellschaft gegenüber moralische Vorbehalte hegt, dann ist unverkennbar, dass Migrationserfahrung bedeutet, etwas Wichtiges zu verlieren. Das Thema Verlust findet sich häufig in der Literatur, in

Romanen und autobiografischen Schriften, so auch im Titel des Buches *The Inheritance of Loss* von *Kiran Desai*, einer in den USA lebenden, aus Indien stammenden Autorin.

Auch die Eingesessenen spüren Verluste. Wichtig ist, diese Erfahrung nicht gleich mit Begriffen wie ›Fremdenfeindlichkeit‹ – die es zweifellos gibt –, abzutun, sondern zu verstehen, dass es in Großstädten mit starker



Paul Scheffer

Einwanderung zu einer raschen Veränderung der Gesellschaft kommt und dass in manchen Familien, die schon seit Generationen dort leben, das gemeinsame Bild entsteht, dass die vertraute Welt verschwindet. In Amsterdam stellen Einwanderer und ihre Kinder jetzt die Hälfte der Bevölkerung. Zwei Drittel der Jugendlichen in den Schulen kommen aus Migrantenfamilien. Wenn man das verbreitete Gefühl eines Verlustes nicht versteht, kann man darauf nicht politisch reagieren. Wer darauf nur mit dem Verdikt ›Rassis-

mus‹ antwortet, versteht nicht, was in den Großstädten Europas passiert, versteht auch die Anpassungsprobleme, die Reibungen und Konflikte nicht, die zur Normalität der Einwanderung gehören.

Ich glaube, auch die Eingesessenen sind in eine Schiefelage geraten und müssen versuchen, ein neues Gleichgewicht zu finden. Zu den Protesten in Berlin-Pankow gegen den Bau einer Moschee – Proteste, wie es sie auch in Rotterdam gibt – erklärte mir der Bürgermeister von Pankow, dass es Menschen aus der ›gesellschaftlichen Mitte‹ seien, die sich dort engagiert hätten, keine ›Radikalen‹. Alle großen Migrationsbewegungen in der Geschichte Amerikas und Europas haben Spannungen und Konflikte hervorgerufen. Es ist hilfreich, sie so nüchtern wie möglich zu beschreiben.

Wenn man über Integration spricht, in die Geschichte zurückschaut und Erfahrungen aus verschiedenen Ländern vergleicht, lässt sich ein *Zyklus der Integration* beschreiben, der von ›Vermeidung‹ über ›Konflikt‹ zur ›Akkomodation‹, d.h. zur Einstellung auf die Umgebung bis hin zur ›Akzeptanz‹ reicht – das ist meine zweite These.

Die Gründe für diese zyklische Bewegung sind leicht nachvollziehbar: Ankommende Migranten neigen zunächst dazu, sich abzusondern, auch aufgrund der ausweichenden Reaktion der sie umgebenden Gesellschaft. *Segregation* gibt es eigentlich immer, Vermeidung auf beiden Seiten, weil man nicht sofort ins Herz schließt, was einem fremd ist, sondern eher auf Distanz geht. In der darauf folgenden Phase sieht man, dass die Migranten und ihre Kinder versuchen, einen Platz in der aufnehmenden Gesellschaft zu finden. Diese Eingliederung ist oft sehr konfliktreich. Unausweichlich stellt sich die Frage, wie das Zusammenleben aussehen soll. Wird sie zufriedenstellend beantwortet – was auch eine Frage der Politik ist –, kann man zu Akkomodation und Akzeptanz kommen. Wichtig ist zu erkennen, dass der Konflikt zwischen ›Vermeidung‹ und ›Akzeptanz‹ Teil dieses Zyklus ist, dass Konflikt nicht ein Zeichen von ›misslungener‹ Integration ist, sondern ein Zeichen für die gesellschaftliche Dynamik der Integration.

Es gibt viele Konflikte, die in der Tradition der Konfliktsoziologie etwa *Georg Simmels* anders zu bewerten sind, als dies in den Niederlanden und Deutschland geschieht, wo vielfach *Konfliktvermeidung* vorgezogen wird. Vermeidung heißt, keine Fragen zu stellen, und diese Art von Vermeidung haben wir bisher oft als *Toleranz* verstanden. Es gibt aber Situationen, in denen Vermeidung Konflikte nicht mehr lösen kann. Dann folgt oft eine konfliktreiche Zeit, so wie wir sie jetzt in den Niederlanden erleben, aber auch in Belgien, Großbritannien und teilweise in Deutschland. Währenddessen sind wir im Grunde auf der Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Akzeptanz, einem neuen Gesellschaftsvertrag.

Meine dritte These lautet, dass Migranten nur von einer Gesellschaft eingeladen und herausgefordert werden, die selbst eine starke *Bürger-schaftskultur* hat. Wir suchen nach einer Gegenseitigkeit, die verpflichtend ist. Die Grundregel jedweder Integration ist eigentlich einfach: Die Eingesessenen dürfen von den Neuankömmlingen nur das verlangen, was sie selbst zu leisten bereit sind. Man kann andere nicht mit Normen konfrontieren, die man selbst nicht lebt. So geht mit der Integration eine allgemeine Verunsicherung einher. Schließlich geht es nicht nur um die Einwanderer, sondern um die ganze Gesellschaft. In den Niederlanden fordert man oft voller Stolz: ›Die Migranten sollen etwas über unser Grundgesetz wissen‹. Es dauerte nicht lange, bis zurückgefragt wurde: ›Was wisst ihr eigentlich selbst über dieses Grundgesetz?‹ Man verlangte auch, die Migranten sollten etwas über die Geschichte lernen. Aber was wissen wir selbst

von dieser Geschichte? Die Migranten sollen Bürger werden, hieß es. Aber sind wir selbst so gute Bürger?

Integration führt zu Verunsicherungen, weil sie eine Gesellschaft als Ganzes zur Selbsterforschung zwingt, zum Nachdenken über grundsätzliche Fragen wie diese: Was ist Religionsfreiheit? Wie funktioniert unser Bildungswesen, wie unser Sozialstaat? Deshalb ist Integration auch eine Chance dafür – und das ist die wirkliche Bereicherung –, dass die Integration nicht nur Migranten, sondern die *ganze* Gesellschaft zu Selbsterforschung und Erneuerung zwingt. Das kann konfliktreich sein, denn auf beiden Seiten gibt es Vorurteile. Solche der Mehrheitsgesellschaft, aber auch Vorurteile in Migrantengemeinschaften. Über diese Vorurteile nicht zu sprechen, ist kein Zeichen von Toleranz.

Ein Lehrer einer von vielen Migrantenkindern besuchten Schule in Antwerpen z.B. beklagte sich einmal über die Schwierigkeit, im Geschichtsunterricht den Holocaust oder die Evolutionsbiologie zu behandeln, und darüber, dass ein angeblich ›perverser‹ Schriftsteller wie *Oscar Wilde* von den Schülern nicht akzeptiert würde. Dem lassen sich Konflikte der Migranten mit der Mehrheitsgesellschaft gegenüberstellen. Hier werden zwar immer die Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung aller beschworen, was aber z.B. Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt nicht verhindert. Die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag ist konfliktträchtig, weil eine Gesellschaft dabei immer mit den eigenen Normen konfrontiert wird und auch sehr grundsätzliche Fragen beantworten muss. Man kann nicht über das Problem der Gleichbehandlung von Frauen in der muslimischen Gemeinschaft reden, ohne selbst mit dem Problem der Gleichbehandlung konfrontiert zu werden, wenn auch in anderen gesellschaftlichen Feldern wie z.B. auf dem Arbeitsmarkt bzw. im Erwerbsleben.

Meine vierte These lautet: Wir müssen über *Institutionen* und über *Freiheiten* reden. Ich beginne mit den Institutionen: Hinter den speziellen Problemen von Migrantengemeinschaften verbergen sich gesamtgesellschaftliche Defizite. Der Sozialstaat ist ein wichtiges Modell. Vielleicht ist Arbeit, die erwachsene Menschen verrichten, die wirkungsvollste Form der gesellschaftlichen Integration. Leider ist es uns gelungen, die Migranten, die eigentlich den risikobereitesten Teil der Bevölkerung darstellen, zum abhängigsten Teil zu machen. Niemand wird behaupten, dass Einwanderer die Risiken der Migration eingehen, nur um sich im ›Netz der sozialen Sicherheit‹ auszuruhen. Die Gesamtbilanz der Migration ist überall in Europa nicht positiv, auch in den Niederlanden oder in Deutschland nicht. Das zeigt ein Report des Berlin-Instituts von Anfang 2009 über die Situation der türkischen Gemeinschaft und allgemein der Einwanderer in Deutschland. Generell ist die Abhängigkeit der Einwanderer vom Sozial-

staat groß. In Amsterdam arbeiten von den türkischen und marokkanischen Einwanderern weniger als 40%.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob unser Wohlfahrtsstaat weiterhin für die Förderung von gesellschaftlicher, sozialer Mobilität und Aufstieg einsteht. Ein niederländisches Gesetz besagt neuerdings, dass Menschen unter 27 Jahren im Prinzip keinen Anspruch mehr auf soziale Absicherung geltend machen können. Sie haben nur die Wahlmöglichkeit zwischen weiterer Ausbildung oder Arbeit. Man sieht, dass die Gesellschaft aus der Integrationsdebatte eine Lehre über das Funktionieren des Sozialstaats gezogen hat: Einem Menschen ohne berufliche Laufbahn sofort Ansprüche auf Sozialleistungen einzuräumen, ist keine gute Idee.

Alle klassischen Einwanderungsländer, darunter die USA und Australien, schließen Einwanderer in den ersten fünf Jahren nach ihrer Ankunft von solchen Ansprüchen aus, und diese Beispiele sind wichtig für unsere Gesellschaften.

Auch über *Freiheiten* müssen wir diskutieren, etwa über wichtige Aspekte der Religionsfreiheit. Hier besteht ein großer Bedarf an Selbstreflexion und öffentlicher Debatte. Das Fundament der Glaubensfreiheit ist die Trennung von Staat und Religion; man kann nicht oft genug betonen, dass Muslime bei uns grundsätzlich nicht in ihrer freien Religionsausübung behindert werden dürfen. Nun aber wachsen in den Niederlanden, in Belgien und in Dänemark politische Bewegungen, die die Freiheiten der Muslime einschränken wollen. Man will keine Moscheen mehr dulden. Auch in Deutschland besteht ein gesellschaftliches Unbehagen in Sachen Moscheebau. Nur sehr wenige Moscheebauten wurden bisher im Zentrum einer Stadt realisiert. Die meisten sind marginalisiert im öffentlichen Raum, am Rande der Städte angesiedelt. Wenn sie dann realisiert werden, so wie in Berlin-Pankow, regt sich doch einiger Widerstand.

Man muss also über Verständigungsmöglichkeiten, *Arrangements*, nachdenken, wie es sie in manchen europäischen Ländern gibt, auch wenn sie eigentlich nicht mit der Trennung von Staat und Kirche vereinbar sind. Wollte man die Trennung von Staat und Kirche, wie man sie den Muslimen als Norm vorhält, konsequent durchführen, müsste man in Deutschland auch die Kirchensteuer oder Kruzifixe in öffentlichen Schulräumen thematisieren. Hier sind kritische Fragen berechtigt, und Lösungen sind schwierig zu finden. Integration kann nicht heißen, Fragen oder Forderungen an andere zu richten, ohne selbst darüber zu reflektieren.

Nur auf dieser Grundlage und mit diesem Wissen können wir auf den politischen Islam und die Ansprüche von Muslimen, die eher konservativ sind, antworten. Der Grundsatz der Religionsfreiheit muss von der Mehrheitsgesellschaft verteidigt werden. Dann kann man Muslime auch fragen, ob für sie mit der Inanspruchnahme des Rechts auf Religionsfreiheit nicht

zwangsläufig die Pflicht verbunden ist, die gleiche Freiheit anderen Religionen und Nichtgläubigen zuzugestehen. Allzu oft ziehen sich Muslime in ein gläubiges ›Wir‹ zurück, das sich vom ungläubigen ›Sie‹ fernzuhalten hat. Dieser Debatte können wir nicht ausweichen. Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft und in muslimischen Gemeinschaften muss man miteinander konfrontieren, sonst wird die Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag nicht gelingen.

Mein Fazit: *Vertrauen* ist ein anderes Wort für Integration, und Vertrauen lässt sich sehr viel leichter herstellen, wenn Pluralismus auf beiden Seiten sichtbar wird. Das heutige Misstrauen kann nur durch gemeinsames Handeln überwunden werden, indem wir uns eine gemeinsame Geschichte schaffen. Wichtig ist die historische Dimension einer Gesellschaft, die durch Interaktion verschiedener gesellschaftlicher Gruppen entsteht. In diesem Sinne haben diejenigen recht, die sagen, Integration sei eine Frage von Zeit und Geduld. Aber sie haben ganz und gar nicht recht, wenn dies der Vorwand für ein gelassenes Abwarten ist. Nachdruck ist notwendig, Emanzipationsprozesse brauchen Vorkämpfer. Unter dem Druck der letzten Jahre ist unübersehbar eine Beschleunigung der Entwicklung eingetreten. Als Vorbild sehe ich *Ahmed Aboutaleb*, einen marokkanischen Einwanderer der ersten Generation, der jetzt Oberbürgermeister von Rotterdam ist, der zweitgrößten Stadt der Niederlande. Er hat den Konflikt gegenüber der Mehrheitsgesellschaft ausgetragen, hat unbequeme Fragen gestellt, auch an seine eigene marokkanische Gemeinschaft. Das ist schwierig, aber notwendig, und ich glaube, Integration soll verstanden werden als eine Aufforderung, der Idee einer offenen Gesellschaft nicht untreu zu werden, sondern diese Idee anzunehmen.

Daniela De Ridder: Eine weitere Sentenz von Herrn Sarrazin lautet: »Es ist ein Skandal, wenn türkische Jungen nicht auf weibliche Lehrer hören, weil ihre Kultur so ist. Integration ist eine Leistung dessen, der sich integriert.« – Das Beispiel Dänemark wurde in Deutschland ähnlich wie das der Niederlande immer wieder als modellhaft gepriesen. Herr Zank, konnte Ihr Land auch deshalb liberaler mit Migrantinnen und Migranten umgehen oder dieses Image erzeugen, weil es kaum Konfrontationen gab? Dennoch gab es auch bei Ihnen Herausforderungen, was die Meinungsfreiheit und die garantierte Religionsfreiheit betrifft. Darf man z.B. den Glauben anderer Menschen durch Karikaturen lächerlich machen?

Wolfgang Zank: Ich möchte einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken. Erstens: Einwanderung ist eine Realität in allen Ländern Europas. Sie ist im Übrigen auch notwendig. Wenn eine Gesellschaft sich reproduzieren will, muss eine Frau im Durchschnitt 2,07 Kinder gebären. In

Deutschland sind es zurzeit etwa 1,4, in Dänemark 1,8. Alle europäischen Länder »schrumpfen«, und das schafft ganz offensichtliche Probleme.

Wir brauchen Einwanderung. Die OECD hat hochgerechnet, dass Europa in den nächsten 20, 30 Jahren 135 Mio. neue Einwanderer braucht. Das schafft natürlich viele Probleme und dramatische Veränderungen, aber wie sagt ein Buchtitel von *Wolfgang Benz? Integration ist machbar*.

Zweitens der Hinweis: Immigration ist nicht die einzige Quelle dramatischer Veränderungen, die wir erleben. Wie mag es empfunden worden sein, als im 19. Jahrhundert Millionen von Menschen gezwungen waren, die ländlichen Räume zu verlassen, weil die Landwirtschaft sie nicht mehr ernähren konnte und sie irgendwo in den Vorstädten landeten? Was mag es bedeutet haben, als man – wie in Bochum geschehen – im 20. Jahrhundert in kurzer Zeit alle Steinkohlenzechen und Stahlwerke zumachte? Auch das waren dramatische Veränderungen, die zu unserer Realität gehören. Sie sind nicht einfach, aber zu bewältigen.

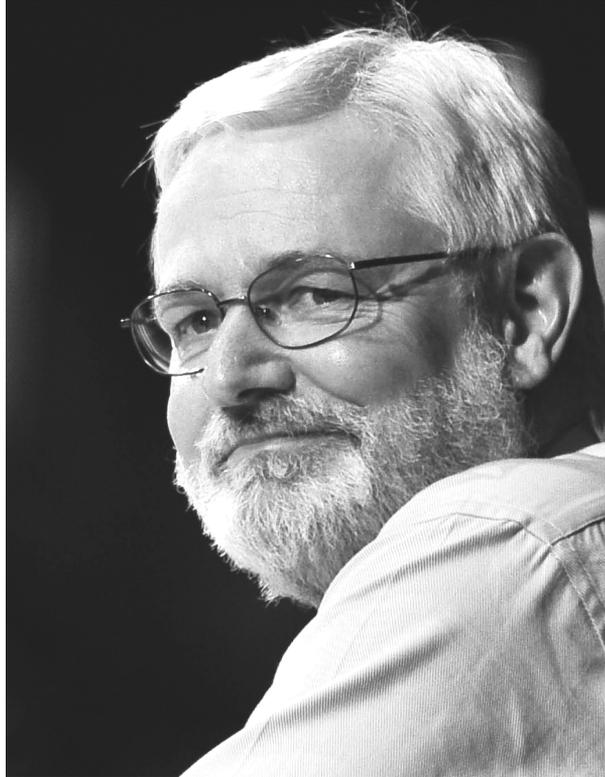
Konkreter zu Dänemark: Mein Eindruck ist, dass wir in Dänemark fast in zwei Welten leben. Die eine Welt ist die öffentliche Debatte von Sorgen, Problemen, Unzulänglichkeiten – so wie kürzlich ein Bandenkrieg mit Schusswaffengebrauch, Rocker gegen Immigranten, ein gefundenes Fressen für die Boulevardpresse. Manche der Stimmen in den öffentlichen Debatten ist bizarr. Eine behauptete: Der Islam sei – wie seit Jahrhunderten – nur darauf aus, Europa zu erobern. 732 habe man sie in Tours und Poitiers schlagen können, dann 1683 vor Wien, und jetzt kämen sie erneut, und jetzt kämen sie von innen! Solche Äußerungen machte ein Abgeordneter im dänischen Parlament, dem Folketing, kein Rowdy, sondern ein Pastor.

In den dänischen Debatten spielt der Faktor Kultur, spielen kulturelle Unterschiede eine große Rolle, aber auf einem recht abstrakten Niveau. Ganz anders sieht die tägliche Realität vor Ort aus, etwa in Betrieben, wo Integration *praktisch* stattfindet. Hier hat sich die Situation in Dänemark in den letzten zehn Jahren außerordentlich verbessert! Die Beschäftigungsquote der nichtwestlichen Einwanderer in der Altersgruppe von 16 bis 65 Jahren ist stark angestiegen: 1997 waren es 36% – ein unterdurchschnittlicher Wert im europäischen Vergleich –, 2008 aber 57%. Ende der 1990er Jahre konnte man noch die Frage diskutieren, ob die nichtwestlichen Einwanderer den Dänen auf der Tasche liegen. Da waren diese Einwanderer ein Verlustgeschäft. Seit etwa 2002 verdient das Land an ihnen.

Viele Bereiche der dänischen Gesellschaft, insbesondere das Gesundheitssystem, würden zusammenbrechen, denn etwa 15% der Beschäftigten sind nichtwestliche Einwanderer. In den Betrieben, wo die Integration konkret stattfindet, geht man oft pragmatisch vor. So vereinbarten z.B. ein Apotheker und eine Iranerin, die an der Handelshochschule Kopenhagen eine Ausbildung zum *Pharmakonom* absolviert hatte, dass das Kopftuch,

das die Frau während ihrer Arbeit in der Apotheke zu tragen wünschte, nicht schwarz, sondern weiß sein sollte. Damit war das Kopftuch kein strittiges Kleidungsstück mehr. Ein anderes Beispiel: Wenn gläubige Muslime gerne beten möchten, so lässt sich meistens dafür ein Raum finden. In der betrieblichen Realität diskutiert man nicht abstrakt über kulturelle Unterschiede, sondern sucht nach funktionalen Lösungen, was in vielen Fällen auch gut funktioniert.

Positiv zu beurteilen ist in Dänemark auch die Entwicklung der zweiten Generation der Einwanderer, der Heranwachsenden zwischen 16 und 24 Jahren. Die Ausbildungs- und Beschäftigungsquote entspricht inzwischen ziemlich genau dänischem Niveau. Interessant ist, dass die weiblichen Angehörigen der zweiten Generation nichtwestlicher Einwanderer häufiger eine Berufsausbildung absolvieren als die



Wolfgang Zank

dänischen Frauen. Und sehr beachtlich ist es, dass man in dieser Generation zuerst die Ausbildung zu Ende bringt, bevor man daran denkt, Kinder zu bekommen. Auch hinsichtlich der Anzahl ihrer Nachkommen ist die zweite Generation der Einwanderer statistisch kaum mehr unterscheidbar von der dänischen Bevölkerung.

Insgesamt sind starke Veränderungen zu verzeichnen – aber was waren eigentlich die Gründe? Eine Voraussetzung dafür war, dass in den letzten Jahren vor der Krise der Stand der Arbeitslosigkeit in Dänemark auf sehr geringe 2% gesunken war. In vielen Betrieben stieg der Bedarf an Arbeitskräften. Ein anderer Grund war, dass man auf betrieblicher Seite so flexibel und pragmatisch zu reagieren vermochte.

Man konnte mit der Politik unserer Regierung nicht immer glücklich sein, aber in dem einen oder anderen Fall war ihre Politik nicht falsch. Sie verschärfte zwar die Bedingungen für die Zusammenführung von Familien und die Gewährung von Asyl, sodass die Zahl der Einwanderer in diesen Fällen jetzt etwa bei einem Drittel der Zahl von 2001 liegt. Andererseits verabschiedete man aber ein – noch von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung initiiertes – *Integrationsgesetz*, das die Kommunen dazu verpflichtet, mit jedem Neuankommenden einen individuellen Handlungsplan aufzustellen und ein persönliches Integrationsprogramm zu starten, das über drei Jahre läuft. Dazu gehört ein Sprachkurs, der 1,2 ›Jahreswerke‹ umfasst, also fast 15 Monate lang 37 Unterrichtsstunden pro Woche bietet. Daneben gibt es eine breite Palette von Angeboten, der man sich allerdings nicht ohne Nachteile verweigern kann.

Die Angebote dienen der individuellen beruflichen Weiterqualifikation der Einwanderer. Auch Praktikumsplätze in Betrieben werden ihnen vermittelt. Und es gibt die Möglichkeit der Beschäftigung mit einem Lohnzuschuss, d.h. man bietet einen Job zu Tarifvertragsbedingungen an, wobei die öffentliche Hand einen Teil der Lohnkosten für eine gewisse Zeit trägt. Verweigert sich ein Einwanderer aus den Gruppen, für die dieses Gesetz gilt, diesen Angeboten und erscheint z.B. nicht zum Sprachkurs, können ihm die finanziellen Leistungen gekürzt werden. Einwanderer bekommen eine sogenannte ›Starthilfe‹, die um etwa ein Drittel unterhalb des Sozialhilfesatzes liegt. Nehmen sie das Integrationsprogramm nicht in Anspruch, bedeutet das für sie finanzielle Nachteile.

Möglicherweise hatte die im Jahr 2002 beschlossene Reduzierung der Sozialhilfe auf die genannte Starthilfe für Einwanderer, die aufgrund von Asyl und Familienzusammenführung ins Land kamen, einen positiven Effekt. In internationalen Vergleichen wurde Dänemark früher dafür kritisiert, dass seine Sozialhilfeleistungen zu hoch seien und zu wenig Anreiz zur Arbeitsaufnahme böten. Nun haben sich Möglichkeiten für politische Gestaltung gezeigt. Das mag in Dänemark einfacher sein als in anderen Ländern, denn die Gesetzgebung wirkt sich unmittelbar auf die Kommunen aus; es gibt keine Länder als Mittelinstanzen.

In Dänemark ist das Instrumentarium der Integration auch mit seiner ›aktiven Arbeitsmarktpolitik‹ besser entwickelt. Der dänische Arbeitsmarkt mit dem sogenannten *Flexicurity*-Modell gilt in internationalen Vergleichen der OECD als relativ flexibel, flexibler jedenfalls als der deutsche. Es ist in Dänemark relativ einfach, Arbeitnehmer zu entlassen. Andererseits erhalten entlassene Arbeitnehmer, jedenfalls in den unteren Gehaltsgruppen, 90% des letzten Gehalts als Arbeitslosengeld sowie sofortige oder baldige Angebote zur Weiterqualifikation und dergleichen. ›*Flexicurity*‹ scheint sich als ein zusätzlicher Integrationsfaktor zu bewähren.

Mein Fazit: Integration braucht Zeit, aber sie ist machbar, und es gibt politische Möglichkeiten, sie positiv zu beeinflussen. Die institutionellen Voraussetzungen sind von Land zu Land verschieden. Man kann etwas tun, man muss politisch nicht einfach nur zuschauen: Integrationsprogramme und aktive Arbeitsmarktpolitik können wirklich etwas bewegen.

Daniela De Ridder: Herr Laschet, Sie leiten in Nordrhein-Westfalen das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration und haben vor Kurzem dafür plädiert, ein solches Ministerium auch auf Bundesebene einzurichten. Auf der Internetseite Ihres Ministeriums heißt es, dass Sie sich eine ›Kultur des Für- und Miteinander‹ zum Ziel setzen, dass Sie sich als Ministerium für soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen von Frauen und Männern verstehen und dass Sie sich für ein harmonisches Miteinander der Kulturen und für gleichberechtigte Teilhabe der Zugewanderten und ihrer Kinder an unserem gesellschaftlichen Leben einsetzen. Wie reagieren Sie unter diesen Vorzeichen auf das folgende Sarrazin-Zitat?

»Die Türken erobern Deutschland, genauso wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben – durch eine höhere Geburtenrate. Das würde mir gefallen, wenn es europäische Juden wären mit einem um 15% höheren IQ als dem der deutschen Bevölkerung.«

Armin Laschet: Zunächst zur deutschen Besonderheit in der Frage der Integration: Im Hinblick auf die Herkunft der Migranten haben wir eine andere Situation als Frankreich oder die Niederlande. Deutschland hat seit 1918 keine Kolonien mehr. Die Menschen, die wir heute ›Zuwanderer‹ nennen und denen das gilt, was wir ›Integrationspolitik‹ nennen, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg angeworben – als die ›klassische‹ Zuwanderung, die es in Deutschland immer gegeben hat. Das heutige Ruhrgebiet und besonders die Industrialisierung im 19. Jahrhundert wären ohne Zuwanderung gar nicht vorstellbar. Nachdem mit der Errichtung des ›Eisernen Vorhangs‹ seit dem Jahr 1945 die Zuwanderung aus Ost- und Ostmitteleuropa versiegt, begann ab dem Jahr 1955 die *Adenauer*-Regierung damit, Arbeitskräfte im Süden Europas anzuwerben. Man hat wirklich um die Menschen werben müssen, denn wer verlässt schon freiwillig seine Heimat und geht in ein Land, dessen Sprache er nicht spricht, um tausend Meter unter der Erde im Bergbau oder an anderen wenig malerischen Orten zu arbeiten. Das war in Italien nicht lange erfolgreich, denn auch dort stieg durch den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Wohlstand. Man weitete die Anwerbung auf andere Mittelmeer-Anrainerstaaten aus und schloss 1961 das große Abkommen mit

der Türkei – alles in der Vorstellung: Das sind *Gastarbeiter*, die kommen und gehen auch wieder; wir müssen uns nicht um Integration kümmern.

Weiterqualifizierung und Sprachkenntnisse schienen nicht erforderlich, denn die Gastarbeiter sollten einfache Arbeiten verrichten und irgendwann wieder in ihre Heimat zurückkehren. Integration würde einer Rückkehr eher im Wege stehen. Das war die Vorstellung in Politik, Wirtschaft und allen Parteien während der 1960er Jahre.

Dann aber fand Integration auch in Deutschland vor allem durch Arbeit statt. Die genannten Arbeitslosenzahlen für Dänemark gab es auch in Deutschland – zu Anfang der 1970er Jahre. Die Arbeitslosigkeit der Ausländer war 1971 mit 0,9% geringer als die der Deutschen mit 1,1%. Im November 1973 kam der ›Anwerbestopp‹. Danach gab es eine Zuwanderung nur noch im Weg der Familienzusammenführung.

Den in der Folgezeit eintretenden Sprung aus der Industrie- in die Wissensgesellschaft nahm man kaum wahr, denn die Arbeitsplätze, die in der Industrie wegfielen, entstanden neu in der Wissensgesellschaft. Diese Veränderung hat man den Zuwanderern und ihren Kindern und Kindeskindern nie vermittelt, im Gegenteil: Noch in den 1970er und 1980er Jahren wurden türkische Kinder in türkischen Klassen zusammengefasst und auf Türkisch unterrichtet – in der Illusion, dass sie in das Herkunftsland ihrer Eltern zurückkehren und dafür die türkische Sprache beherrschen müssten. Eine der großen Fehleinschätzungen lautete: »Wir sind kein Einwanderungsland.« Tatsächlich war (West-)Deutschland dies schon seit 1955. Wir haben aber die klassischen Mechanismen eines Einwanderungslandes, das auf die Vermittlung von Sprache, von den Regeln der Gesellschaft, auf Integration überhaupt Wert legt, nie genutzt.

Erst gegen Ende der 1980er, zu Beginn der 1990er Jahre konnte von einem *quantitativen Zuwanderungsproblem* bei uns die Rede sein, als in den Jahren 1988-1991 drei- bis vierhunderttausend Zuwanderer pro Jahr kamen. Grundlage dafür war das damalige Asylrecht, das 1993 geändert wurde. Dort hieß es lediglich: »Politisch Verfolgte genießen Asyl.« Jeder, der kam, hatte einen individuellen Rechtsanspruch, konnte im gesamten Verwaltungsweg bis zum Bundesverfassungsgericht gegen eine Ablehnung klagen, was nicht selten viele Jahre dauerte. Das Asylrecht war der einzige Weg der Einwanderung. Andere Einwanderungsmöglichkeiten gab es nach dem Anwerbestopp nicht mehr. Drei- bis vierhunderttausend Menschen kamen pro Jahr völlig ungesteuert. Dann fiel im Jahr 1989 die Mauer, und eine Million deutschstämmiger Spätaussiedler aus Ost- und Ostmitteleuropa strömte in die westdeutschen Städte. Hinzu kam 1991 der Balkankrieg mit mehreren Hunderttausend Bürgerkriegsflüchtlingen, die ebenfalls in die Bundesrepublik Deutschland kamen.

Dieses quantitative Zuwanderungsproblem führte zu großen gesellschaftlichen Konflikten. Mehrere Hunderttausende kamen in die Städte, Menschen mussten in Turnhallen, Schulen und Containern untergebracht werden, weil kein Wohnraum da war. Unter dem Slogan »Wir sind kein Einwanderungsland« drängte die CDU darauf, das Asylrecht zu ändern. Zeitgleich gelangten Rechtsradikale in deutsche Parlamente, die Partei der »Republikaner« entstand. Es gab den Anschlag auf die Familie *Genç* in Solingen; in Mölln und an vielen anderen Orten kam es zu Übergriffen.

Heute ist die Lage völlig anders: Die Zahl von jährlich rund 40.000 Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen, ist die niedrigste seit 30 Jahren, Spätaussiedler kommen fast gar nicht mehr. Waren es im Jahr 2.000 in der nordrhein-westfälischen Aufnahmeestelle Unna-Massen noch über 21.000 Aussiedler, so waren es 2009 nurmehr 736.

Seit 2005 gilt das *Zuwanderungsgesetz*, mit dem wir um die Eliten der Welt werben wollten. Die reale Zuwanderung ist allerdings ernüchternd niedrig: 689 Hochqualifizierte erhielten 2009 eine Niederlassungserlaubnis, nur 142 davon sind tatsächlich aus dem Ausland zugewandert. 547 lebten bereits mit anderen Aufenthaltstiteln in Deutschland. Wir sind heute *de facto* ein Auswanderungsland: 2008 zogen mehr Menschen aus Deutschland fort, als einwanderten. Die Bevölkerung hat aber immer noch das Gefühl, es kommen »viel zu viele«. Was für Dänemark beschrieben wurde, nämlich Neueinwanderer für fünf Jahre von Sozialleistungen auszuschließen, würde uns nicht helfen. Denn es kommen keine Neueinwanderer mehr nach Deutschland, außer einer abnehmenden Zahl von Familienangehörigen.

Die deutsche Integrationsaufgabe ist daher relativ kompliziert. *Klaus Bade* hat das »nachholende Integrationspolitik« genannt. Wir müssen nachholen, was 50 Jahre lang nicht geschehen ist. Für die Neueinwanderer organisieren wir ein breites Kursangebot, das die Bundesregierung jetzt noch weiter ausgebaut hat. Dessen Adressaten aber sind nicht unser Hauptproblem. Das sind vielmehr jene Zuwanderer, die bereits lange hier sind und die keine solche Förderung erhalten haben.

Geltendes Recht bis zum Jahr 2000 war bei uns das Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht von 1913. Es beruhte auf dem *jus sanguinis*, dem Recht der Abstammung: Deutscher ist, wer von Deutschen abstammt. So blieb auch das in Osnabrück geborene Kind türkischer Eltern ein Türke. Das in Kasachstan geborene Kind, in zehnter Generation abstammend von früheren deutschen Auswanderern, galt *per definitionem* als deutsch. Dagegen galt und gilt in Frankreich wie in anderen westlichen Ländern – und erst seit dem Jahr 2000 auch bei uns – der Rechtsgedanke des *jus soli*, das Recht des Geburtsortes. Es besagt: Deutscher ist rechtmäßig, wer in Deutschland geboren ist. Seitdem hat jedes Kind mit der Geburt in

Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit und wird damit in die Gesellschaft hereingeholt. Nun gilt ein anderes Verständnis von Zugehörigkeit, aber es braucht seine Zeit, bis es von jedem auch so empfunden wird.

Dass Deutschland heute anders aussieht als vor 50 Jahren, zeigt sich z.B. an der Fußballnationalmannschaft – mit *Mesut Özil* als großem Star, einem in Deutschland geborenen Kind türkischer Eltern, mit *Asamoah*, mit *Podolski*. Özil war einer der Ersten, der sich zur deutschen Staatsangehörigkeit bekannt hat und sagte: Ich bin in Deutschland geboren, und ich gehöre zu diesem Land. Die Generation vor ihm, zu der z.B. die Brüder *Hamit* und *Halil Altintop* zählten, wurde immer noch von der Türkei umworben, viele spielen in der türkischen Fußballnationalmannschaft. Wir merken hier auch den Wandel bei den Zuwanderern selbst.

Manche Erhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass türkeistämmige Jugendliche im Durchschnitt am schlechtesten integriert seien. Als angebliche Ursache wird dann oft die Herkunft aus einer islamischen Kultur angegeben. Aus der Türkei wurden aber durchweg Menschen aus den bildungsfernsten Schichten im Land angeworben, darunter viele Analphabeten. Die Erwartung, dass deren Kinder problemlos den Sprung in die Wissensgesellschaft schaffen, musste sich als unrealistisch erweisen. In den USA gibt es ähnliche Probleme mit den *Hispanics*, die illegal aus Mexiko in die USA kommen, während fast jeder eingewanderte Muslim sehr qualifiziert ist, andernfalls wäre er nicht ins Land gekommen. Das Einwanderungsland USA achtete immer auf die Qualifikation seiner Einwanderer.

Deutschland ist *keine* multikulturelle Gesellschaft, jedenfalls nicht, wenn das heißen soll, dass alles nur niedlich und nett ist, ein immerwährendes Straßenfest. Tatsächlich sind wir eine Gesellschaft vieler Kulturen, die in unserem Land zusammenleben. *Wolfgang Schäuble* sagte erstmals 2006: »Der Islam ist Teil der deutschen Gesellschaft.« Wenn in Deutschland 4 Millionen Muslime leben, die zum Teil die deutsche Staatsbürgerschaft haben, sind sie in der Tat Teil dieser Gesellschaft.

Hier beginnt die wirklich schwierige Debatte, wie bereits über die Niederlande ausgeführt. Was umfasst die geltende Religionsfreiheit? Gesteht man die Rechte, die Artikel 7 des Grundgesetzes den christlichen Kirchen gibt, auch den Muslimen zu? An welche Regeln muss sich der Zuwanderer mit einer anderen Religion halten? Kann jemand seine eigene Religion oder Kultur über das Grundgesetz stellen? Nein. Auszutariieren, wo die Grenzen sind, ist das Ziel der von Wolfgang Schäuble einberufenen *Deutschen Islamkonferenz*, bei der erstmals organisiert mit Vertretern des Islam gesprochen wurde. Was gibt es dort zu besprechen? Dazu kann man daran erinnern, dass unsere Geschichte noch lange nach der Reichsgründung 1871 durch den sog. *Kulturkampf* geprägt worden ist. In der Grundüberzeugung, ein Katholik könne kein guter Deutscher sein, führte Reichskanz-

ler *Otto von Bismarck* den Kulturkampf insbesondere gegen die Katholiken im Rheinland an. Der Katholik, so die Unterstellung, hat die Loyalität gegenüber dem Papst in Rom und nicht gegenüber dem protestantischen Kaiserhaus in Berlin. 50 Jahre lang gab es Konflikte im Staats-Kirchen-Verhältnis, die im Rheinland immer noch tief sitzen, bis in einem Konkordat Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre das Verhältnis von Religion und Staat, der Religionsunterricht, die Gefängnisseelsorge und all die Formen, in denen Staat und Religion heute kooperieren, geregelt wurden. Diese *Weimarer Kirchenartikel* sind heute Bestandteil des Grundgesetzes.

Mit dem Islam führen wir einen solchen Dialog erst seit wenigen Jahren. Wir haben keinen islamischen Religionsunterricht, wollen ihn aber als



Armin Laschet

reguläres Schulfach einführen, abzuhalten in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrern unter deutscher Schulaufsicht. Die Rechtsform dafür zu finden, ist kompliziert; das wird noch einige Zeit brauchen. Wir müssen dabei nicht ungeduldig sein, aber darauf achten, wie wir darüber reden.

Wenn eine Moschee gebaut wird, gibt es an manchen Orten Proteste, an anderen nicht. Bezeichnenderweise hat niemand etwas dagegen, wenn die Moschee irgendwo im

Hintergrund versteckt ist. In Aachen ist sie in einer alten Tankstelle untergebracht, was für einen Christen eigentlich unwürdig wäre. Soll das Gebäude aber architektonisch anspruchsvoller werden, beginnt die Debatte um die Moschee. In Duisburg ist ein Konsens gelungen, dort ist die Moschee von vornherein interkulturell angelegt worden. Das Gegenbeispiel bot Köln, wo es zu Protesten kam. Die Architektur dieser Moschee ist

modern, entworfen vom Kirchenbaumeister des Erzbistums. Die Argumente gegen die Moschee besagen unter anderem, man habe gar nichts gegen ein Gebetshaus. Aber dort drohe eine Parallelgesellschaft zu entstehen. Denn es sollten auch Alternachmittage, Kinder- und Jugendarbeit stattfinden, und religiöse Artikel und Nahrungsmittel würden zum Kauf angeboten.

Ich erinnere mich an meine eigene Sozialisation: Geboren in einem katholischen Krankenhaus – etwas anderes wäre für meine Mutter nicht in Betracht gekommen –, kam ich in den katholischen Kindergarten, in die katholische Jugendarbeit, ins bischöfliche Gymnasium. Und heute steht auf meiner Kreditkarte der Pax-Bank: ›Die katholische Bank für Christen‹. Wie wäre es wohl, wenn es eine ›muslimische Bank für Muslime‹ gäbe? Gäbe es nicht sofort den Verdacht, dass sie den internationalen Terrorismus mitfinanziert? Wieso beweist ein Teenachmittag für ältere Menschen in einer Moschee eine ›Parallelgesellschaft‹ und ein Alternachmittag mit Kaffee in einem katholischen Pfarrheim ›ehrenamtliches Engagement‹?

Ich will das Thema ›Parallelgesellschaft‹ nicht banalisieren, auch nicht den Fundamentalismus. Dagegen muss man rigoros vorgehen, z.B. wenn Kindern ein fanatischer Islam beigebracht wird. Ich bin auch dafür, dass der Verfassungsschutz verfassungseindliche Organisationen streng im Blick behält. Aber wir müssen differenzieren, worum es geht. Religiosität an sich ist nicht negativ. Kürzlich meldete eine Zeitung, dass weniger Menschen die muslimischen Gebräuche des Ramadan befolgt hätten als im Vorjahr. Ist das integrationspolitisch eine gute oder eine schlechte Nachricht? Mancher würde spontan antworten: Na prima, wenn die Muslime weniger religiös sind, ist uns das nur recht. Aber für den gläubigen Christen ist das nicht die richtige Antwort. Wenn jemand seine Religion lebt, wenn er Werte lebt, die vielleicht auch christliche Werte sind, wenn er eine Zeit lang fastet und in dieser Zeit mit den Armen teilt, wenn er seine Familie pflegt und Alte ehrt, so sind das eigentlich gemeinsame Werte.

Gefährlich wird es, wenn jemand seine Religion über das Grundgesetz stellt. Einen solchen, fundamentalistischen Gegensatz tragen übrigens gerade die Piusbruderschaft und die katholische Kirche aus. Gestritten wird darum, ob man anerkennt oder nicht anerkennt, dass das Zweite Vatikanische Konzil gesagt hat: Es gibt Religionsfreiheit, und es gibt staatliche Gesetze; göttliches Recht steht nicht über staatlichem Recht. *Fundamentalismus* muss man überall bekämpfen. Jedes Kind muss in die Schule gehen, muss am Religionsunterricht teilnehmen, muss über Evolution etwas lernen etc. Das ist keine Frage, die nur eine Religion betrifft.

In unseren Städten haben heute 40% der Kinder im Kindergartenalter eine Zuwanderungsgeschichte bzw. einen ›Migrationshintergrund‹. Die Zahl umfasst Kinder mindestens eines ausländischen Elternteils, sowie von

Spätaussiedlern, die zugewandert sind, und die zweite, dritte Generation der Nachkommen ehemaliger ›Gastarbeiter‹. Eine zweite Zahl: 2009 gab es zum ersten Mal mehr Menschen über 65 als unter 20 Jahren. Es liegt auf der Hand, dass auch die genannten 40% der Kinder gut Deutsch sprechen, gute Bildungschancen haben müssen, denn wer anders, wenn nicht diese Kinder, wird in zwanzig Jahren unser Bruttosozialprodukt erarbeiten und das Land tragen? Man kann über die Äußerungen von Herrn Sarrazin diskutieren – manche Beschreibung mag ja zutreffen, aber was hilft es uns weiter, wenn wir die Menschen beleidigen? Wir müssen aus dieser Logik herauskommen, müssen z.B. verpflichtende Sprachtests für Kinder ab vier Jahren einführen. Das haben wir 2007 in Nordrhein-Westfalen gemacht und festgestellt, dass 23% der Kinder nicht so gut Deutsch sprechen, wie es ihrem Alter entsprechen würde. Interessanterweise spricht manches türkische Kind fließend Deutsch, manches deutsche Kind aber nicht, weil nicht mehr vorgelesen wird, weil es keine gemeinsamen Mahlzeiten mehr gibt. Hier liegen meist soziale Probleme zugrunde. Auch aus der deutschen ›Unterschicht‹ kommen die Kinder nicht heraus, viele leben in zweiter, dritter Generation von Sozialhilfe.

Ich erinnere an die gesellschaftliche Mentalität der 1950er Jahre, als ein Aufstieg für alle möglich wurde, als erwartbar wurde, dass es den Kindern besser gehen würde als den Eltern, als jeder sich anstrenge und der Staat das Ganze förderte. Wenn wir so auch die Integrationspolitik anlegen, kann sie gelingen, mit all den Defiziten, die es gibt. Die bloße Beschreibung von Defiziten hilft aber wenig. Würde sich wieder die Mentalität verbreiten, dass Aufstieg – unabhängig von der Herkunft – für alle möglich wird, dann wird Deutschland und auch Europa die neue Herausforderung bestehen.

Daniela De Ridder: Herr Scheffer, Sie sagten, Integration brauche Vorkämpfer. Wen meinen Sie damit? Braucht es dazu eine Vorreiter-, eine Pioniergeneration, oder reichen einzelne Vorzeigefiguren, ›Integrationsheroes‹, mit denen es gelingt, bestehende Vorurteile abzubauen?

Paul Scheffer: Für mich ist es nicht so sehr die Frage, was geschehen *soll*, sondern was bereits geschieht. Ich gab das Beispiel des jetzigen Bürgermeisters von Rotterdam, Aboutaleb. Auch die Hälfte der Mitglieder im Stadtrat von Amsterdam besteht aus Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte, und im Sport gibt es zahlreiche Vorbilder. Insgesamt ist eine neue Mittelklasse entstanden, neue Eliten, und unsere Institutionen haben sich dafür noch nicht hinreichend geöffnet. In Stuttgart z.B., wo 37% der Einwohner einen Einwanderungshintergrund haben, gibt es nur zwei oder drei Menschen mit Migrationshintergrund im

Stadtrat. Wie steht es in dieser Hinsicht um Deutschland? Es gibt – wie in jedem Emanzipationsprozess – auch hier wichtige Leute wie *Necla Kelek* oder *Seyran Ates*, die unbequeme Fragen stellen. Man soll sie nicht verleumden, sondern sie verteidigen. Ich sehe historisch kein Beispiel für einen Emanzipationsprozess ohne unbequeme Leute.

Daniela De Ridder: Herr Zank, wie bekämpft man in Dänemark Vorurteile gegen Einwanderer? Die dänische Volkspartei schürt doch geradezu solche Vorurteile. Wie sind Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf die Rechtsprechung und die politische Gestaltung integriert?

Wolfgang Zank: Es ist das dänische ›Wunder‹, dass die Integration in einer Gesellschaft, die stark von Vorurteilen durchsetzt ist, so große Fortschritte gemacht hat. Bei 30-40% der Bevölkerung bestehen solche fremdenfeindlichen Vorurteile – nicht nur gegenüber Muslimen. Noch vor 20 Jahren lachte man über Witze wie diesen: Ein deutscher Tourist fragt in einem Restaurant nach der Toilette. – Antwort: »Geradeaus, 2. Tür rechts, an der Tür steht ›Gentlemen‹. Aber das macht nichts, gehen Sie einfach rein.«

Inzwischen ist die Stimmung im Land anders, aber die öffentliche Diskussion ist weiterhin oft von Vorurteilen geprägt. Mich ärgert, dass kaum jemand der Propaganda der dänischen Volkspartei offensiv entgegentritt, auch nicht die Regierungsparteien. Der Premierminister wird von den Liberalen, der mit 27% der Wählerstimmen größten Partei Dänemarks, gestellt. Wenn aber ihr politischer Partner, die *Dansk Folkeparti*, illiberales Gedankengut verbreitet, schweigt der Premierminister. Enttäuschend agiert auch die dänische Sozialdemokratie. Sie hat jede Verschärfung des Ausländerrechts mitgetragen. Die Volkspartei macht ihr die Anhänger streitig, besonders unter den ungelerten Arbeitern, die sie den Sozialdemokraten in großer Zahl entfremdet hat.

Dennoch ist der Prozess der Integration in den letzten zehn Jahren positiv zu sehen. Offensichtlich gibt es den Effekt, dass die Vorurteile vieler Dänen verblassen, wenn sie einen türkischen oder iranischen Arbeitskollegen bekommen und merken, dass er ›funktioniert‹ und man gut mit ihm zusammenarbeiten kann.

Paul Scheffer: Vorurteile gibt es selbstverständlich nicht nur aufseiten der Mehrheitsgesellschaft. Es gibt auch Vorurteile zwischen Migrantengemeinschaften, wie zwischen Kurden und Türken, Sunniten und Aleviten, und von muslimischen Migranten gegenüber Ungläubigen. Integration bedeutet *Selbsterforschung* – auf beiden Seiten. Es ist wichtig, auch über die eigene Betroffenheit offen zu reden, wenn man Vorurteile bei anderen erkennt. Darüber zu schweigen, würde bedeuten, Mitbürger, die man als potenzielle

Mitgestalter dieser Gesellschaft ansieht, von einer Mitgestaltung auszuscheiden. Man muss, wenn nötig, auch konfrontative Fragen stellen.

Daniela De Ridder: Schweigen wäre sicher auch das falsche Mittel gegen Leute, die ganz laut schreien für Krone und Vaterland. Wie bauen Sie Vorurteile ab, Herr Minister Laschet? Gibt es bei Ihnen Mitarbeiterinnen, die weiße Kopftücher tragen und als weibliche *role models* für Integration fungieren? Was sind Ihre Empfehlungen?

Armin Laschet: In den Schulen haben wir das Kopftuch für Lehrerinnen verboten, weil wir glauben, dass es eine gewisse Neutralitätspflicht des Staates gibt. Das Mädchen in der Klasse soll nicht vorgegeben bekommen, es sei besonders religiös, wenn es Kopftuch trägt. Bei uns im Ministerium ist es durchaus möglich, Kopftuch zu tragen, und kein Hindernis, um im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten.

Eine gute Ausgangsbedingung der Integration von Muslimen in Deutschland liegt darin, dass die große Mehrheit *türkischer* Herkunft ist. Sie kennt das von Staatsgründer *Atatürk* durchgesetzte Prinzip der Trennung von Staat und Religion und wurde entsprechend sozialisiert: In Istanbul können Frauen mit Kopftuch nicht die Universität besuchen. Das ist in Frankreich anders. Dort tragen die arabischen Jugendlichen in den Vorstädten die Kolonialgeschichte und den Nahost-Konflikt mit den daraus gespeisten antisemitischen Einstellungen mit sich herum.

In der deutschen Debatte wurde nicht nur verkannt, dass wir Einwanderungsland sind. Auch wurde verkannt, dass man Anforderungen formulieren muss. Vor zehn Jahren galt es vielfach noch als ›Zwangsgermanisierung‹, wenn man Einwanderern die deutsche Sprache vermitteln wollte. Dass die Kinder ohne sie im Bildungssystem keine Chance haben, ist heute Konsens. *Daniel Cohn-Bendit* erklärte mir, er sei wegen seines Buches *Heimat Babylon* von 1992 angegriffen worden, weil er darin die Forderungen erhoben hatte, die Sprache des Einwanderungslandes zu lernen und die Grundrechte sowie die Rechte der Frauen anzuerkennen. Diese Erfordernisse wurden lange vernachlässigt. Manche taten so, als seien Ausländer prinzipiell die besseren Menschen. »Ausländer, lass uns mit den Deutschen nicht allein«, hieß damals ein Sponti-Spruch.

Heute werden Defizite zumeist von beiden Seiten thematisiert, und die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass wir mit der Einwanderungsrealität in den nächsten Jahrzehnten werden leben müssen, hat sich durchgesetzt. Im nordrhein-westfälischen Landtag haben alle vier Fraktionen seit 2001 eine Integrationsoffensive gemeinsam getragen. Bei allem parteipolitischen Streit ist dieses Thema ausgeklammert. Ich halte dies für eine positive Entwicklung, die in ganz Deutschland gut täte.

Daniela De Ridder: Wir haben erfahren, wie das dänische Modell mit finanziellen Restriktionen operiert. Wäre das auch ein Weg für Deutschland: Sozialhilfe und Hartz IV kürzen, wenn kein Deutschkurs besucht wird; mehr Druck auf die Bildungsintegration, insbesondere bei Frauen und Müttern, die ihren Kindern ja nicht mehr helfen können, wenn sie keine Deutschkenntnisse haben?

Armin Laschet: Zuwanderer sprechen oft nur radebrechend Deutsch. Sie sollten – vernünftigerweise – ihre Kinder in den Kindergarten schicken und sie früh an allen schulischen und auch außerschulischen Aktivitäten teilnehmen lassen. Die Erwartung an diese Eltern muss sein, dass sie die Bildung ihrer Kinder fördern. Es ist aber nicht erforderlich, dass in jedem Haushalt nur noch Deutsch gesprochen wird.

Die Frage ist, an wen welche Anforderungen zu stellen sind. Ein 70-jähriger Migrant, der hier 40 Jahre lang hart gearbeitet hat, muss nicht gezwungen werden, Deutsch zu lernen. Hier muss man eher darauf achten, dass er eine kultursensible Altenpflege bekommt. Dem 20-Jährigen, der noch kein Deutsch spricht, würde ich – wie jedem Deutschen – abverlangen, dass er es lernt. Es ist heute schon geltendes Recht, dass sich derjenige, der arbeitsuchend ist, weiterqualifizieren muss. Und wer ein Sprachdefizit hat, muss einen Sprachkurs besuchen, um sein Defizit abzubauen. Wer dem nicht folgt, muss Abzüge bei eventuellen Leistungen der Arbeitsagenturen befürchten. Das gilt für alle Leistungsempfänger, nicht nur für Migranten. Hier könnte man durchaus noch stärkere Anforderungen formulieren. Die Rhetorik des ›Forderns‹ war allerdings meist größer als die angebotenen Chancen.

Paul Scheffer: In den Niederlanden ist aus der Integrationsdebatte heraus eine Diskussion über die *Bildungsziele* entstanden. Sie sollte, so das Ergebnis, nicht nur zur Vorbereitung auf eine Berufspraxis dienen, sondern auch als Vorbereitung auf eine *Bürgerschaftspraxis*. Viele Niederländer wissen: Man kann von den Kindern der Migranten nicht nur etwas fordern. Wir müssen selbst zunächst die Defizite unserer Gesellschaft im Bildungsbereich identifizieren. Wir müssen schon den Kindern zur Vorbereitung auf ihre Lebenspraxis vermitteln, was es heißt, Bürger zu sein: Rechte, Pflichten, das Prinzip der Gegenseitigkeit, Geschichtsbewusstsein und Kenntnis der Verfassung. Solche Überlegungen zu der Frage, was wir im Unterricht vermitteln wollen, waren in den Niederlanden sehr produktiv.

Armin Laschet: Neben Sprachkursen bieten wir Migranten auch Orientierungskurse an, die einer Vorbereitung auf die Lebenspraxis in unserer Gesellschaft dienen sollen. Diese Angebote sind allerdings nur für Neuein-

wanderer vorgesehen. Das Ziel, Migranten etwas über das staatsbürgerliche Leben bei uns zu vermitteln, ist bestimmt ehrenwert. Fragt man – egal ob gebürtige Deutsche oder Migranten – z.B. nach Kenntnissen über das deutsche Wahlsystem oder das Gesetzgebungsverfahren, sind die Antworten oft dürftig. 18-Jährige wissen wenig über die Realität in der DDR vor 20 Jahren. Und diejenigen, die die Formel vom »christlichen Abendland« gebrauchen, können oft kaum erklären, was Pfingsten und Christi Himmelfahrt bedeuten. Im Grunde müssen wir unserer Gesamtgesellschaft diese Frage stellen: Wenn wir unsere Werte verteidigen wollen, müssen wir diese Werte nicht auch bei uns selbst wieder stärker bewusst machen und sie unseren Kindern besser vermitteln als bisher?

Publikum: Zu Recht wurde *Bildung* als zentraler Integrationsmechanismus in dieser Gesellschaft bezeichnet. Leider wird aber bereits nach der 4. Grundschulklasse entschieden, welche Kinder ein Gymnasium besuchen und welche nicht. In vielen Bundesländern gibt es keine Lernmittelfreiheit mehr. Eltern werden mit steigenden Kosten für Bildung, Schulbücher und Schulwege, aber auch für Kunst- und Musikschulen belastet. Und Studierende sind heute durch Studiengebühren belastet.

Verbaut man nicht dadurch gerade im kommunalen Bereich massiv die Möglichkeiten der Integration? Müssen wir nicht auch in Osnabrück versuchen, Migranten in der kommunalen Politik stärker zu beteiligen?

Armin Laschet: Eine umfassende Schuldebatte würde den Rahmen unseres Themas sprengen. Analysen über Studiengebühren besagen: Wenn sie erhoben würden, ist das nicht unbedingt sozial ungerecht. Werden die Universitäten nur durch Steuermittel unterhalten, so profitieren von einem kostenlosen Studium vor allem Studierende aus Ober- und Mittelschicht – zu Lasten der ganzen Gesellschaft. Studiengebühren sind angemessen, wenn sie verbunden sind mit einem Stipendiensystem für diejenigen, die begabt sind, aber finanziell weniger belastbar.

Die Beteiligung von Migranten in unseren Parlamenten ist bisher tatsächlich schwach und keineswegs repräsentativ. Im Bundestag sind von 620 Abgeordneten nur 5 Zuwanderer, während Zuwanderer doch 20% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen, wo sogar 25% der Menschen Zuwanderer sind, sitzt niemand von ihnen. Migranten werden auch nicht leicht Mitglieder einer Partei. Man muss offensiv auf Menschen zugehen, sagen: »Tritt ein und beteilige dich!« Unser Wahlkreissystem erschwert das noch. Dass die großen Volksparteien z.B. in Osnabrück ausgerechnet einen Türkeistämmigen als Bundestagskandidaten aufstellen, ist unwahrscheinlich. Hier muss man Mut machen, z.B. durch eine Einbürgerungskampagne, und man muss für die

Annahme der Staatsangehörigkeit werben, sodass die Betroffenen aktives und passives Wahlrecht bekommen. In der öffentlichen Verwaltung ist darauf zu achten, dass bei Stellenbesetzungen bei gleicher Qualifikation auch interkulturelle Kompetenz Berücksichtigung findet, sodass wir in den Verwaltungen, in den Medien, zunehmend Menschen mit Migrationsgeschichte bekommen.

Paul Scheffer: In den Niederlanden engagieren sich in der Folge von schwierigen und konfliktreichen Auseinandersetzungen jetzt viel mehr Leute. Viel mehr Menschen mit Migrationshintergrund sagen: Es kann nicht sein, dass man *über* uns redet, aber nicht *mit* uns. Mehr und mehr Menschen aus den türkischen, marokkanischen, somalischen Gemeinschaften machen mit bei den Christdemokraten, den Sozialdemokraten oder den Grünen. Ihr Anteil unter den Parlamentsabgeordneten beträgt fast 10%. Auch die Mehrheitsgesellschaft fühlt, dass man sich öffnen muss. Und die Gemeinschaften der Migranten erkennen, dass man sich in dieser Gesellschaft engagieren muss, um sich selbst als Mitbürger zu erfahren. Das Tempo des Wandels in den Niederlanden ist beschleunigt, weil wir eine offene Debatte über alle Probleme führen. Es wird vieles gesagt, das man besser nicht sagen würde, aber wir tragen das aus. Ich glaube, das ist ein Zeichen der Integration.

Publikum: Beurteilen Sie die Möglichkeit, durch Bildung Integration zu schaffen, nicht zu optimistisch? Manche Islamfunktionäre, die sehr gut Deutsch sprechen, eine sehr gute Bildung haben, streiten hier in Deutschland für islamische Sonderrechte, fast schon im Sinne der Scharia. Sie fordern z.B. eine Befreiung von Schülerinnen von Klassenfahrten oder vom Sport; sie fordern, dass nach den Religionsbestimmungen geschlachtet wird, und sie fördern es, dass immer mehr junge Frauen und Mädchen sich mit Kopftüchern in der Öffentlichkeit zeigen. Nach den Anschlägen in England im Jahr 2005 konnte man erfahren, dass die Attentäter zum Teil sehr gut ausgebildet und integriert waren und niemand ihnen ein solches Attentat zugetraut hatte.

Armin Laschet: Bildung ist kein Hindernis, Terrorist zu werden, im Gegenteil. Die Terroristen des 11. September gehörten nicht zur Mehrheit der bei uns lebenden Zuwanderer, die Herr Sarrazin beschreibt – Obst- und Gemüsehändler –, sondern waren hoch gebildete Studierende. Dennoch ist es wichtig, nicht zu generalisieren. Ich verwahre mich dagegen, Terrorismus an der Religion festzumachen, nur weil es in der Religion ein paar Fanatiker gibt. Man muss die Gefährder beobachten, natürlich, es gibt auch welche in Deutschland. Der Anführer der ›Sauerland-Gruppe‹ war ein

Terrorist namens *Fritz*, ein deutscher Konvertit, der zum Terroristen wurde. Man muss also schauen, wo die Gefahr ist, und sie bekämpfen, aber nicht generalisieren.

Ich bin dagegen, bei uns die Scharia einzuführen. Aber wir müssen uns in Nordrhein-Westfalen z.B. auch mit baptistischen christlichen Gemeinden auseinandersetzen, die die Kinder vom Biologieunterricht abmelden. In jeder Religion muss geprüft werden, wo etwas Fundamentalistisches ist. In den angesprochenen Fällen plädiere ich dafür, die Schulpflicht durchzusetzen. Auch was die Schlachtregeln betrifft, hat die Scharia bei uns keine Geltung. Wenn eine Religion die Art vorschreibt, in der Tiere zu schlachten sind, so gibt es amtliche Auflagen, die sicherstellen, dass dies gemäß den hiesigen Tierschutzanforderungen geschieht – etwa unter Betäubung. Diese Regel gilt im Übrigen auch für das jüdische Schächten, worüber öffentlich niemand Klage führt. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Religionsfreiheit in der Abwägung mit dem Tierschutz Vorrang hat, denn unter den Werten unseres Grundgesetzes rangiert die Religionsfreiheit weit oben, während derzeit kein Grundrechtsartikel zum Tierschutz existiert.

Paul Scheffer: Nach der Ermordung von *Theo van Gogh* und den Attentaten in Großbritannien im Juli 2005 gab es unter den Migranten in den Niederlanden zunächst eine Abwehrhaltung: Wir haben doch nichts getan, das war ein Fanatiker, das betrifft uns doch nicht. Jetzt gibt es mehr und mehr Menschen, die sagen: Das ist für uns eine wichtige Frage, die uns ebenso etwas angeht wie die Tatsache, dass nach dem Mord Rechtsradikale in den Niederlanden eine Moschee angezündet haben. Auch ich habe mich dafür verantwortlich gefühlt, dass Menschen im Namen einer gewissen Idee darüber, was die Niederlande sind oder nicht, ein Attentat verüben. Wichtig ist, dass es auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaften eine Diskussion darüber gibt, was getan werden kann, um einer Radikalisierung entgegenzutreten. Ein britischer Parlamentarier, *Schahid Malik*, schrieb nach den Londoner Anschlägen: »Eine Verurteilung ist nicht genug. Britische Muslime müssen versuchen, die Stimmen des Bösen in ihrer eigenen Gemeinschaft zum Schweigen zu bringen«. Es gibt keine ›Kollektivschuld‹, wie *Karl Jaspers* in einem ganz anderen Kontext erläuterte, wohl aber eine besondere – auch wechselseitige – Verantwortung.

Armin Laschet: Ich teile diese Ansicht, aber wem sagt man das? Die muslimischen, meist türkischen Verbände bei uns haben sich von jedem Terroranschlag distanziert. Aber eine türkische Glaubensgemeinschaft z.B. im Ruhrgebiet dürfte kaum Einfluss haben auf eine Terrorzelle saudi-arabisch finanzierter Terroristen in Hamburg, bloß weil beide Muslime sind.

Paul Scheffer: Aber es gibt ein Umfeld! Im Vergleich mit dem RAF-Terrorismus der 1970er Jahre kann man sagen: Die »klammheimliche Freude«, die damals von manchen empfunden wurde, ist auch heute das Problem. Es gibt viele, die den Terror auf irgendeine Weise legitimieren. Hier ist eine Klärung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft nötig, und immer mehr Migrant*innen nehmen hier ihre besondere Verantwortung wahr, artikulieren und engagieren sich. Bei uns gibt es z.B. den Imam einer orthodoxen Moschee, der sagt: In einer Stadt wie Amsterdam, die von einem jüdischen Oberbürgermeister regiert wird, müssen die Gesetze von Muslim*innen nicht respektiert werden. Dem muss man klar gegenüber treten. Da gibt es eine gemeinsame Verantwortung, aber auch für muslimische Mitbürger*innen eine besondere Verantwortung.

Wolfgang Zank: Ich möchte zu mehr Differenzierung raten, was den Islam betrifft. »Der Islam«, das sind sehr viele Menschen und sehr viele Richtungen. Einen Papst gibt es nicht, aber sehr verschiedene Denkformen. Wir sind uns darin einig, dass es nur eine Antwort geben kann, wenn ein Imam dazu auffordert, die Gesetze Deutschlands, der Niederlande oder Dänemarks zu brechen. Wir können nicht tolerieren, dass jemand, ganz egal aus welcher Religion er kommt, verkündet, diese Religion stünde höher als das Grundgesetz bzw. unsere Verfassung. Ein solcher Fundamentalismus kann aber ebenso gut von christlicher Seite kommen: In den USA z.B. ermordeten christliche Fanatiker Ärzte von Abtreibungskliniken. Das Christentum ist reich an fanatischen, fundamentalistischen Exzessen.

Auch der »Islamismus« – also die Bewegung, islamisches Denken in politisches Gestalten umzusetzen – ist politisch nicht einheitlich zu beurteilen. In Saubi-Arabien, einem engen Alliierten des Westens und der USA, mutet die interne Staatsführung zutiefst mittelalterlich an. Demgegenüber ist die türkische Regierungspartei AKP – ebenfalls eine islamistische Partei – eine Vorkämpferin für Demokratie und Gleichberechtigung im Kampf gegen das verknöcherte kemalistische Establishment. Auch in Marokko beispielsweise bewegt sich die »*Parti de la Justice et du Développement*« sehr in diese Richtung. Wir könnten durchaus »islamistische« Verbündete gewinnen, wenn wir für mehr Demokratie arbeiten wollen.

Als Instrument zur Integration ist »Bildung« allein sicher nicht ausreichend. Bildung ist aber eine notwendige Voraussetzung für Integration. In dieser Hinsicht sind die Zahlen aus Dänemark, zumindest was die zweite Generation betrifft, recht ermutigend. Sehr viele Einwanderer lassen sich ausbilden, finden einen entsprechenden Job, und ca. 75% der Angehörigen der zweiten Generation äußern sich als »recht zufrieden« mit Dänemark. Das entspricht etwa dem Zufriedenheitswert unter den Dänen selbst.

Publikum: Nicht ausreichend behandelt wurde bisher die Thematik der Staatsbürgerschaft und der politischen Partizipation. Beim Thema Staatsbürgerschaftsrecht in Deutschland blieb unerwähnt, dass Kinder, die nun durch das *jus soli* die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, sich zwischen dem 18. und dem 23. Geburtstag entscheiden müssen, ob sie die deutsche oder die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern behalten wollen, und dass, wenn sie sich z.B. für die türkische entscheiden, ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wird. Wäre es nicht eine Erleichterung, um mehr politische Partizipation zu ermöglichen, ließe man die doppelte Staatsbürgerschaft zu?

Armin Laschet: Der Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung enthält einen Prüfauftrag zum Optionsmodell der Kinder. Ich persönlich glaube, dass die möglichen Vorteile einer doppelten Staatsangehörigkeit überschätzt werden. Bei den Einbürgerungen in Deutschland z.B. von Bürgern aus den 27 EU-Ländern, denen die Beibehaltung ihrer ursprünglichen Staatsangehörigkeit erlaubt ist, beträgt der Anteil derjenigen, die diese Möglichkeit wählen, 54%. Daraus ist weder eine höhere Wahlbeteiligung noch eine größere Zahl von doppelstaatlichen Parlamentsabgeordneten hervorgegangen. Ich halte es für prinzipiell richtiger, wenn eine Staatsbürgerschaft ungeteilt ist und keine Halbheiten erlaubt sind. Man kann den Kindern, die ja oft schon die Enkel der ersten Generation sind, zumuten, sich im Alter von 18 bis 23 Jahren in der Frage der deutschen Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Warten wir ab; ich glaube, 80-90% der Kinder werden sich wie selbstverständlich für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden. Viele Eltern raten ihnen sogar dazu. Die erste Generation der Zuwanderer hat eine ganz andere emotionale Beziehung zum Pass, zur eigenen Herkunft. Bei ihnen würde ich großzügiger, als wir es heute tun, die doppelte Staatsangehörigkeit akzeptieren.

Daniela De Ridder: Angenommen, Herr Laschet würde Sie beide zu Beratern in seinem Ministerium machen: Herr Zank und Herr Scheffer, was wären Ihre ersten Empfehlungen?

Wolfgang Zank: Wenn es darum geht, wo man Geld ausgeben soll, um die Integration zu fördern, würde ich dieses Geld insbesondere auf die Kinder im Vorschulalter konzentrieren, um eine bessere Sprachförderung zu erreichen, und ansonsten im Schulbereich ganz allgemein.

Außerdem empfehle ich die dänische und schwedische Praxis des direkten, verpflichtenden dreijährigen Integrationsprogramms mit seinen Sanktionsmöglichkeiten. Unter dem Aspekt der Integration müssten wir auch intensiver über Arbeitsmarktpolitik diskutieren. Da gibt es erheblichen

Raum für Verbesserungen, z.B. auch hinsichtlich der finanziellen Lasten. In Dänemark etwa sind die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung usw. niedrig. Das Gesundheitswesen wird über Steuergelder finanziert, die Arbeitslosenversicherung zum größten Teil, ebenso wie die Volkspension – eine Pension, die jeder bekommt. Es wäre vorteilhafter, die dafür erforderlichen Staatseinnahmen mithilfe einer höheren Mehrwertsteuer oder über ökologische Abgaben einzusammeln. Das könnte helfen, die Lohnnebenkosten auch in Deutschland zu senken. Viele jetzt bestehende Regelungen des deutschen Arbeitsmarktes sind gut für Insider, für Leute, die einen Job haben. Solche Regeln helfen wenig, wenn es um die Integration von Migranten geht. Gerade sie haben ein starkes Interesse an Chancengleichheit in diesem Bereich.

Paul Scheffer: Anschließend an die Frage der Staatsbürgerschaft denke ich, dass man aus den Reformen in anderen europäischen Ländern lernen sollte. Die Einbürgerungsfrist sollte man von 8 auf 5 Jahre reduzieren, wie es in Amerika und fast allen anderen europäischen Ländern üblich ist. Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft sollte man nicht so hoch hängen. Tatsache ist, dass es in Einwanderungsländern viele Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft gibt. Und man sollte sich ein Beispiel daran nehmen, was wir in den Niederlanden von Amerika gelernt haben und jetzt tun: dass man es mit einer kleinen Zeremonie feiert, wenn Menschen Staatsbürger werden. Wir sollten intensiv nachdenken, was es bedeutet, Staatsbürger zu sein – nicht im Sinne von ›nationaler Identität‹ und ›Leitkultur‹, sondern im Sinn von Mitverantwortung und gelebter Bürgerschaft. Da kann man wirklich von klassischen Einwanderungsländern lernen.